04.03.2010 – 11:15 Uhr

Lohngleichheit braucht einen neuen Schub

Bern (ots) -

Es muss wieder vorwärts gehen mit der Lohngleichheit!
Das fordern im Angesicht der kommenden "Frauenwoche" die Gewerkschaften - und dies um so dringlicher als sich in jüngster Zeit der Lohnabstand zwischen Frauen- und Männerlöhnen wieder vergrössert hat.

Seit 1996, der Inkraftsetzung des Gleichstellungsgesetzes, hat sich der Lohnunterschied zwischen Mann und Frau stets verkleinert, nicht in eindrücklichen Sprüngen, aber kontinuierlich. Und nun plötzlich nimmt der Abstand zwischen Männer- und Frauenlöhnen wieder zu! Gemäss Lohnstrukturerhebung 2008 verdienten die Frauen im Durchschnitt 5040 Franken pro Monat - und damit 19.3% weniger als ihre männlichen Kollegen (6'248.-). Zwei Jahre zuvor hatte diese Differenz noch 18,9 % betragen.

Für den SGB ist dringender Handlungsbedarf geboten. Der vom Gleichstellungsgesetz (GlG) eröffnete Weg, das Recht auf gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit vor Schlichtungsstellen und/oder Gerichten einzufordern, erweist sich als sehr aufwändig und langwierig. Deshalb fordern die Gewerkschaften die Unternehmen auf, selbst aktiv zu werden. Sie sollen:

- Löhne und Lohnstruktur überprüfen,
- Jegliche Form von geschlechtsbedingter Lohndiskriminierung beseitigen,
- Löhne transparent gestalten und anpassen.

Damit dies rasch geschieht, fordert der SGB die Unternehmen vor allem auf, sich dem Lohngleichheitsdialog anzuschliessen, den die Dachverbände der Arbeitgeber und -nehmer sowie der Staat im Jahre 2009 gestartet haben. Greift dieser Lohngleichheitsdialog nicht, werden die Gewerkschaften wieder behördliche Kontrollmassnahmen auf die politische Agenda setzen. In einem "Offenen Brief an die drei höchsten Schweizerinnen" (Bundespräsidentin Doris Leuthard, NR-Präsidentin Pascale Bruderer und SR-Präsidentin Erika Forster) fordert der SGB diese zudem auf, sich aktiv für die Lohngleichheit einzusetzen.

Lohnschere in Branchen und hierarchischen Stufen

In welchen Branchen hat sich die Lohnschere in den letzten 2 Jahren geöffnet? Ein Überblick zeigt: In allen Branchen auf den hierarchisch oberen Stufen. In diesen ist in den letzten Jahren der Anteil der Boni markant gestiegen. Die Boni wiederum sind vor allem an die Männer verteilt worden. Je höher der Bonianteil an den Löhnen desto ausgeprägter die Lohnungleichheit. Deshalb muss jetzt Schluss sein mit Boni!
In den mittleren und tiefen Einkommensklassen zeigt sich dagegen ein anderes Bild. Hier konnten mehrheitlich die Lohnunterschiede weiter eingedämmt werden - ein klarer Beleg für die Wirksamkeit gewerkschaftlich per Gesamtarbeitsvertrag mitbestimmter Lohnpolitik, die vor allem auf die Anhebung von Mindestlöhnen setzt. Die Gewerkschaften werden diesen Weg mit Bestimmtheit weiter gehen.

Im Bereich des Service public zeigt sich die Lohndifferenz beim Bund insgesamt als stabil, bei den Kantonen und Gemeinden als zurückgehend an, wobei sie jedoch beim Bund bei den niederen und mittleren Einkommen und bei Kantonen und Gemeinden in den Bereichen

Gesundheit, Soziales und Unterricht (nur Gemeinden) ansteigt. Für den Service public, der in der Lohngleichheit eigentlich als Vorbild wirken müsste, sind diese Resultate beschämend. Die Aufwertung der Pflegeberufe hat dies zu berücksichtigen.

Gegen das Schneckentempo und den Rückwärtsgang in der Gleichstellungspolitik wehren sich die Gewerkschaften auch auf der Strasse. Aktionen sind am 8. März, dem Internationalen Tag der Frau, und am 11. März, dem Equal Pay Day, vorgesehen. Ein breites Frauenbündnis inkl. SGB-Frauen ruft zudem für den 13. März 2010 zu einer grossen Frauendemo in Bern auf. Neben der Lohngleichheit geht es hierbei um drei weitere kapitale Gleichstellungsanliegen:

- Keine Erhöhung des Frauenrentenalters!
- Mehr Kinderbetreuungsplätze mit fairer Finanzierung!
- Gegen Armut von und Gewalt an Frauen!

Kontakt:

Ewald Ackermann, 031 377 01 09 oder 079 660 36 14

Diese Meldung kann unter https://www.presseportal.ch/de/pm/100003695/100599269 abgerufen werden.